Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Thomas Weber (NEOS), Dipl.-Ing. Selma Arapović (NEOS), Mag. (FH) Susanne Haase (SPÖ), Mag. Stephan Auer-Stüger (SPÖ) und Dr. Jennifer Kickert (GRÜNE) zu Post Nr. 21 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 26.03.2025.

scharfe Verurteilung des Verbots von Pride Paraden in Ungarn

Wien ist eine Stadt der Menschenrechte, der Vielfalt und der Freiheit. Alle Menschen sollen in Wien - unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität - sicher und selbstbestimmt leben können. Während Wien diesen Weg konsequent geht, erleben wir in Europa mit zunehmender Sorge eine Entwicklung, die demokratische Grundrechte und die Rechte der LGBTIQ*-Community massiv einschränkt.

Das ungarische Parlament hat beschlossen, PRIDE-Paraden zu verbieten. Organisator:innen und Teilnehmende von Demonstrationen für LGBTIQ*-Rechte können künftig mit Geldstrafen belegt werden. Zur Identifikation soll eine Gesichtserkennungssoftware eingesetzt werden. Dieses Verbot ist Teil einer Reihe von Maßnahmen, mit denen die ungarische Regierung gezielt die Sichtbarkeit von LGBTIQ*-Personen im öffentlichen Raum einschränkt und grundlegende Freiheitsrechte untergräbt.

Ein solcher Angriff auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist nicht hinnehmbar. Wer die PRIDE kriminalisiert, greift nicht nur die LGBTIQ*-Community an, sondern stellt demokratische Grundrechte und europäische Werte insgesamt infrage. Es ist daher die Verantwortung aller demokratischen Kräfte, diesem

schrittweisen Abbau von Freiheitsrechten entschlossen entgegenzutreten.

PRIDE steht für Sichtbarkeit, Gleichberechtigung und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben – Werte, die untrennbar mit einer freien Gesellschaft verbunden sind. Die Menschenrechtsstadt Wien wird sich weiterhin entschieden gegen jede Form der Diskriminierung stellen und auf allen politischen Ebenen für Gleichberechtigung und den Schutz demokratischer Grundrechte eintreten. Wien steht für ein friedliches, respektvolles und vielfältiges Miteinander.

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat verurteilt das Verbot der PRIDE-Parade in Budapest und die damit einhergehenden Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit auf das Schärfste.

Der Wiener Gemeinderat wird seine Anstrengungen zur Förderung von Gleichberechtigung weiter intensivieren und sich auf allen politischen Ebenen für Demokratie, Vielfalt und die Wahrung der Menschenrechte einsetzen.

Der Wiener Gemeinderat wird sich in Wien sowie auf nationaler und internationaler Ebene aktiv für eine umfassende rechtliche Gleichstellung, besseren Schutz vor Diskriminierung und gezielte Maßnahmen gegen queerfeindliche Gewalt einsetzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

25.03.2025